

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Hinter uns liegen wieder einmal bewegende Tage, die sich in einer entsprechenden thematischen Vielfalt der euch nun vorliegenden Ausgabe der „Wahlkreispost“ widerspiegeln.

Ganz zu Beginn möchte ich euch einen eindrucksvollen gemeinsamen Gastbeitrag von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und unserem Landtagsfraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer ans Herz legen, der sich in ganz grundsätzlicher Weise mit der Frage auseinandersetzt, wie mit dem erstarkenden Populismus diesseits und jenseits des Atlantiks umzugehen ist. Eine Frage, die sich aktuell viele – nicht nur in der Politik – stellen. Eine weitere Frage, die Deutschland in diesen Tagen beschäftigt, ist die nach der Notwendigkeit eines sogenannten „Burka-Verbots“, wie es Julia Klöckner prominent in den allabendlichen Talkshows fordert. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer JuristInnen (ASJ) in Rheinland-Pfalz stellt nun klar: Ein solches Gesetz wäre schlicht verfassungswidrig. Ein Weckruf, den man besonders der CDU ans Herz legen möchte, die mit dieser Diskussion die Gesellschaft spaltet, die AfD stärkt und effektive Integration behindert.

Aber auch erfreuliche Nachrichten gibt es: Viele bauliche Vorhaben in unserer Region erfahren eine finanzielle Förderung durch das Land – ob nun bei der Dorferneuerung in Wallmenroth oder bei ebenso wichtigen, wasserwirtschaftlichen Maßnahmen rund um Rennerod. Eine ganz besondere Freude war es mir in der vergangenen Woche, meinen Kollegen und Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf in der SPD begrüßen zu dürfen. – Mitmachen und sich aktiv für eine lebendige Demokratie einsetzen. Das ist gerade jetzt wichtig.

Einen guten Wochenstart, wünsche ich euch!

Eure Sabine



MIT HALTUNG FÜR DEMOKRATIE KÄMPFEN

von Malu Dreyer und Alexander Schweitzer, MdL

Die liberalen Gesellschaften erleben etwas, was ihnen in der jetzigen Dimension lange unbekannt war: ein Auftrumpfen wütender Kräfte, die im Sinne des Staatsrechtlers Carl Schmitt eine Identität von Führer und Volk anstreben. Die Stilisierung von Donald Trump als wahren Führer der USA oder die Darstellung von Marine Le Pen als Gralshüterin einer französischen Nationalutopie sind nur einige Beispiele für die darauf aufspringenden Autoritären. Auch in Deutschland finden wir autoritäre Kräfte und politische Wut, etwa bei den Pegida-Märschen und deren pervertierten „Wir sind das Volk“-Rufen oder in unseren Landesparlamenten, in denen nun „Politik für das eigene Volk“ gefordert wird; so wie es die Alternative für Deutschland (AfD) im rheinland-pfälzischen Landtag getan hat.

Die Autoritären sprechen das Volk nicht als demos, sondern als ethnos an. Anstatt sich auf das Gemeinsame zu besinnen, wird eine Abgrenzung propagiert und Ausgrenzung als ideologische Klammer genutzt. In der Nation soll der neue Halt liegen und die Kraft für eine Erneuerung der Politik gewonnen werden. Mit den zunehmend völkisch begründeten Abschottungsphantasien geht auch eine neue Form der Nationalökonomie einher, die, wie der Ruf der AfD nach einem EU-Ausstieg Deutschlands, auf Protektionismus und eine Abkehr von der vernetzten Weltgesellschaft setzt. Gleichzeitig werden die Politik und der Staat zunehmend verächtlich gemacht.

Hass auf andere Kulturen, einseitig geprägte Frauenbilder sowie die „Wir gegen die“-Rhetorik: Mit diesen Bausteinen des politischen Kulturkampfes machen autoritäre Eliten Angebote der Orientierung. Ihren Nährboden finden sie in einer wahrgenommenen sozialen Ungerechtigkeit, in nicht erfüllten Aufstiegswünschen und der Empfindung ungenügender politischer Repräsentation.

Es ist nicht so, als hätte es diese Kräfte in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Nun aber sind sie in der Lage, Mehrheiten hinter ihren Positionen zu versammeln, weil es gelingt, sich als Sprachrohr von Globalisierungsverlierern und „besorgten Bürgern“ zu gerieren. Der Milliardär Trump etwa wird so zum Führer der Arbeiter und einer verunsicherten Mittelschicht.

Dass er Steuersenkungen für die Reichen durchsetzen will, scheinen seine Anhängerinnen und Anhänger auszublenden. Sie sind offenbar so enttäuscht von der mangelnden Reichweite der Politik und frustriert über ihre sozioökonomische Lage, dass ihnen ein emotionales „Make America Great Again“ als Leitlinie einer ersehnten Erneuerung ausreicht. Nichts anderes geschieht in Deutschland, wenn sich rechte Parteien als Schutzmacht des „Kleinen Mannes“ ausgeben, obwohl sich etwa die AfD gegen den Mindestlohn ausspricht, über Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung phantasiert, die Menschen später in Rente schicken und die Erbschaftssteuer abschaffen will.

Es scheint, dass es am Ende fast unwichtig ist, was die Vertreterinnen und Vertreter dieser rechten Parteien inhaltlich so alles fordern, solange sie nicht in den Verdacht geraten, Teil des verhassten politischen Systems zu sein. Ihre Anhängerinnen und Anhänger wünschen sich einfache Antworten, Orientierung und dass das „Establishment“ verschwindet.

Das Ausbreiten von politischer Wut ist ein Phänomen, das kaum jemand in diesem Ausmaß kommen sah. Warum hat die Integrationsfähigkeit von Demokratien so stark abgenommen, dass eine relevante Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern sich aus den rationalen Debatten verabschiedet, Parteien verachtet und sich in Verschwörungstheorien, Hass und Abscheu ergeht? Wo gilt es dagegen anzusetzen?



Malu Dreyer, Ministerpräsidentin (links) und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer (rechts). In ihrem Gastbeitrag, der am 14.09.2016 in der Frankfurter Rundschau erschienen ist, versuchen die beiden Politiker Antworten auf die Frage nach dem Umgang mit Rechtspopulisten zu geben.
(Foto: SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz)

Sicher ist es kein Ausweg, den Wütenden nur ihre Wut vorzuwerfen. So verliert man sich in einer Debatte des Nicht-Verstehens und der Vorwürfe. Und man würde genau jenes Verhalten zeigen, das von den Autoritären als Beweis angeführt wird, dass die Politik sich nicht um die Wütenden kümmere, ihnen nicht zuhöre und ihre Interessen nicht vertrete. Genauso falsch ist es, populistisch die Positionen der Autoritären zu übernehmen und für die eigenen parteipolitischen Zwecke zu nutzen. Ein Blick nach Frankreich oder Österreich macht deutlich, dass gerade dies die Positionen der Autoritären stärkt und ihre Parolen hoffähig macht. Manch innerdeutsche Debatte um Sicherheit oder Integration folgt leider diesem Muster und wertet auch hier die autoritären Kräfte auf.

Wir können den Herausforderungen unserer westlichen Demokratien nur begegnen, wenn wir die Stärken der Demokratie ausspielen: den Austausch, den Ausgleich von Interessen, das Angebot mitzuwirken. Anstatt also wegzuhören oder uns anzubiedern, sollten wir unsere Sprachlosigkeit gegenüber dem Aufstieg der autoritären Kräfte verlieren. Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, den autoritären Stichwortgebern eine zusätzliche Bühne zu bereiten. Sondern es geht darum, die Bedenken der Wütenden gegen eine weltoffene Gesellschaft als subjektive Sorge ernst zu nehmen und zu fragen, was wir dem inhaltlich entgegen setzen können; wie wir die Ängste entkräften können. Und wenn es Abstiegsängste oder prekäre soziale Lagen sind, die die Wütenden wütend machen, dann ist das ein Zeichen an die Politik, neue soziale Sicherheit zu schaffen. Denn der Anspruch der Politik muss sein, die Lebensverhältnisse von allen zu verbessern.

Abstiegs- und Verlustängste steigern die Sehnsucht nach Halt. Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass autoritäre Ideen, dass Rassismus, Sexismus und Menschenverachtung zur Orientierung werden. Das erfordert permanenten Widerspruch und das Angebot der Teilhabe in ihrer ökonomischen, kulturellen und demokratischen Dimension. Die „Wütenden“ oder die „Besorgten“ dürfen nicht ausgegrenzt und abgewertet werden. Ihnen sagen wir, ihre Wut ist nicht per se das Problem, sondern sie kann Teil der Lösung werden, wenn sie konstruktiv in inhaltliche Auseinandersetzungen überführt wird. Unzufriedenheit kann ein starker Motor für gesellschaftliche Veränderungen und demokratischen Wandel sein. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für alle gedacht und alle müssen gemeinsam an ihm arbeiten.

Wir haben die Aufgabe Teilhabemöglichkeiten zu erweitern, weil für viele Menschen immer noch durch ihre Herkunft beeinflusst wird, was sie im Leben erreichen können. Die große Ungleichheit der Vermögen, der Einkommen, der Lebenschancen ist ein wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit, die in Wut umschlägt. Die Wütenden haben das Gefühl nicht voll teilzuhaben.

Sie haben das Gefühl, nicht von der sozialen Marktwirtschaft zu profitieren – obwohl das doch gerade ihr großes Versprechen war: dass sie das Leben von allen besser macht und Aufstieg ermöglicht. Sie haben das Gefühl, dass es nicht besser, sondern schlechter wird. Sie haben das Gefühl, dass die pluralistische Demokratie ihre Interessen nicht ausreichend vertritt und artikulieren sie daher außerhalb und gegen die demokratischen Institutionen. Diese Gefühle und Stimmungen muss man ernstnehmen, sie als Symptom einer Krise der sozialen Marktwirtschaft erkennen und darauf eine demokratische Antwort formulieren.

Wer für die Demokratie kämpfen will, muss verstehen, dass Teilhabe nicht nur bedeutet, mitreden und mitentscheiden zu können, sondern auch seinen fairen Anteil am Wohlstand und die faire Chance auf Aufstieg zu erhalten. Nur so kann Vertrauen in unsere Demokratie erhalten bleiben. Demokratie, das sind wir alle, in der Demokratie werden wir alle gehört. Sie nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse des Einzelnen, der Schwachen, der Minderheit. Fasst man zusammen, was getan werden kann, um auf den Aufstieg des Rechtspopulismus angemessen zu reagieren, dann ergeben sich erste Ansätze:

Erstens: Es ist wichtig, den Wütenden nicht lediglich ihre Wut vorzuwerfen, sondern danach zu fragen, woher diese Wut rührt. Zweitens: Demokratinnen und Demokraten müssen den permanenten, begründeten Widerspruch gegen dumpfen Rassismus engagiert leisten. Drittens: Mehr Teilhabe für alle an Wachstum und Wohlstand sind zu erreichen. Viertens: Die ausgleichende Stärke der Demokratie muss genutzt und vermittelt werden.

Die Annäherung an die richtige Antwort auf den Aufstieg des Rechtspopulismus impliziert, dass Demokratinnen und Demokraten zu Lobbyisten der Demokratie werden. Sie müssen Haltung zeigen, nicht selbst rhetorisch die Wütenden ausgrenzen und vor allem substantielle politische Alternativen formulieren. Nicht der Inhalt der Antworten muss einfacher werden, aber die Antworten müssen klarer werden.

Es geht um ein glaubwürdiges Versprechen auf eine gute Zukunft für alle. Wir müssen dafür sorgen, dass alle in der Gesellschaft von den Chancen profitieren und ein sicheres und gesichertes Leben führen können. Gemeinsam gilt es, dafür zu kämpfen, dass unser Wohlstand, unsere gesellschaftliche Freiheit und unsere Demokratie nicht nur erhalten bleiben, sondern gestärkt werden. Wir müssen nach neuen Leitbildern suchen und um Visionen streiten, die uns allen eine Orientierung für den Weg in diese gute Zukunft bieten. Dafür braucht es Haltung und Handlung.

HERZLICH WILLKOMMEN, GENOSSE WOLF!

Wissenschaftsminister Professor Konrad Wolf tritt SPD bei

Prof. Dr. Konrad Wolf ist seit dem 18. Mai 2016 Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Zuvor war Wolf als renommierter Wissenschaftler im Bereich der Physik von 2009 bis 2016 Präsident der Hochschule Kaiserslautern, bevor er dem Ruf Malu Dreyers in ihr rot-gelb-grünes „Ampel-Kabinett“ für Rheinland-Pfalz folgte.



Landesvorsitzender Roger Lewentz (Erster von links), Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Zweite von links) und der SPD-Generalsekretär Daniel Stich (Erster von rechts) beglückwünschen Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf zu seinem Eintritt in die SPD und heißen ihn in der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz ganz herzlich willkommen.

Nun trat der bislang parteilose wirkende Minister der SPD bei. Mit dabei waren Malu Dreyer, der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz und der Generalsekretär der rheinland-pfälzischen SPD, Daniel Stich, die den neu gewonnenen Genossen Wolf herzlich begrüßten und beglückwünschten.

Auch Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die seit 22 Jahren Mitglied der SPD ist, beglückwünscht ihren Kollegen im rheinland-pfälzischen Ministerrat zu diesem Schritt: „Ich kenne Konrad Wolf als einen fachlich kompetenten und menschlich zugänglichen Kollegen und freue mich deshalb sehr, dass er nun den Weg zu uns Sozialdemokraten gefunden hat. Ich bin sicher: Mit diesem wie mit jedem neuen Mitstreiter für unsere Sache wird der Weg zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – egal ob in Rheinland-Pfalz, Deutschland oder auf der ganzen Welt – ein Stück leichter.“



BURKA-VERBOT WIDERSPRICHT VERFASSUNG

Klückners unsachlicher „Schleiertanz“ führt zu Spaltung

Ein sogenanntes „Burka-Verbot“, wie es die rheinland-pfälzische CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Julia Klückner landauf, landab fordert, stünde im klaren Widerspruch zu unserem Grundgesetz. Darauf hat die rheinland-pfälzische Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) die SPD-Landtagsabgeordneten in einem Brief hingewiesen. Ein entsprechendes Gesetz würde mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern.

Zwar irritiere eine Vollverschleierung und sei wohl auch Ausdruck eines rückwärtsgewandten Frauenbildes, aber man könne nicht alles, was unerwünscht sei, durch Gesetz regeln. Die sozialdemokratischen Juristen verweisen, jenseits der politischen Diskussion, auf ihren Fachverstand, unterstützt durch eine verfassungsrechtliche Expertise ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden, des Richters am Landgericht Johannes Barrot, der gegenwärtig als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet ist. Die sogenannte Vollverschleierung sei Ausdruck einer besonders strengen Auslegung islamischer Kleidervorschriften und unterliege daher dem Schutz des Artikels 4 des Grundgesetzes, der Religionsfreiheit. Eine Einschränkung dieses Grundsatzes sei in der Verfassung nicht vorgesehen, ein kollidierendes Recht im Verfassungsrang stehe nicht entgegen. Ein Verbotsgesetz daher nach unsrer Verfassung nicht möglich. Insoweit sei die rechtliche Situation anders als in Frankreich, dessen Verbot der Europäische Gerichtshof für Menschenrecht abgesegnet habe.

Jenseits der juristischen Argumentation, fragen sich die Juristen ob man unsere Polizeibeamten zu solchen Szenen zwingen möchte, wie sie sich kürzlich am Strand von Nizza abgespielt haben. Damals veranlassten vier, zum Teil mit Schlagstöcken ausgerüstete französische Kollegen eine verschleierte Frau dazu, sich teilweise zu entkleiden. Auch sei es eine Binsenweisheit, dass restriktive Maßnahmen gegen eine verschwindend kleine Minderheit, Solidarisierungseffekte bei der Mehrheit hervorrufe. Es gelte die Muslime von der Überlegenheit einer freien Gesellschaft zu überzeugen, nicht zu verbieten.

WALLMENROTH ERNEUERT ORTSKERN

Land bezuschusst Backes und Carport auf dem Dorfplatz

Die Ortsgemeinde Wallmenroth nimmt am Dorferneuerungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz teil. Für den Bau eines Backes und die Erweiterung eines Carports auf dem Dorfplatz erhält die Gemeinde nun finanzielle Unterstützung. Das ergab nun eine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten im Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen), Sabine Bätzing-Lichtenthäler, beim zuständigen rheinland-pfälzischen Ministerium des Inneren und für Sport.

„Die Dorferneuerung ist eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Das Land hat es sich zur Aufgabe gemacht, kleine Städte und Gemeinden beim Erhalt und der Weiterentwicklung ihrer Ortskerne auch finanziell zu unterstützen“, so Bätzing-Lichtenthäler. „Dies ist nicht nur aus strukturpolitischen Beweggründen wichtig: Attraktiv und nachhaltig gestaltete Ortskerne setzen auch einen Kontrapunkt gegen die Abwanderung junger Menschen aus dem ländlichen Raum und tragen dazu bei, dass sich auch ältere Menschen ‚daheim‘ weiterhin wohlfühlen können. Gerade in Zeiten des Demografischen Wandels ist dies von besonderer Bedeutung“, hebt die SPD-Politikerin hervor, die zugleich auch Demografieministerin des Landes ist.

Für den Bau des Backes und die Erweiterung des Carports erhält Wallmenroth vom Land Zuwendungen in Höhe von 43.000,00 Euro. „Ich freue mich sehr, dass damit mehr 41 Prozent der förderfähigen Kosten der Dorferneuerung abgedeckt werden können. Gerne werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Land seinen Anteil daran leistet, dass sich die kleinen Städte und Gemeinden in unserer Region zukunftsfähig weiterentwickeln können“, versichert die Landespolitikerin abschließend.

WASSERWEHRE WERDEN FISCHFREUNDLICH

Land fördert Wehrrumbau im Lauterbach und im Holzbach

Die Die Wasserwehre im Lasterbach und im Holzbach werden „fischfreundlich“: Das Land unterstützt eine entsprechende Umbaumaßnahme der Verbandsgemeinde Rennerod, die dafür Sorge tragen soll, dass die Durchlässigkeit für Fische und andere Wasserorganismen wieder gewährleistet ist. Dies ergab nun eine Anfrage von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Landtagsabgeordnete im Wahlkreis 1.

Die Wiederherstellung der Durchlässigkeit der Wehre für Fische und andere Wasserorganismen wird dabei vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten mit einer Zuwendung in Höhe von 67.000 Euro finanziell gefördert. „Damit können fast zwei Drittel der förderfähigen Ausgaben vom Land übernommen werden“, freut sich Bätzing-Lichtenthäler. Und weiter sagt die Politikerin: „Für die Verbandsgemeinde Rennerod ist dies finanziell eine wirkliche Entlastung. Und für unsere schöne Natur im Westerwald ein Gewinn: Dass Fische und andere Wassertiere so zahlreich in unsere Flussgewässer zurückkehren, hätte vor ein paar Jahren niemand gedacht. Wir wollen die Natur gerne dabei unterstützen, sich ihre ursprünglichen Gebiete zurückzuerobern – im Einklang mit uns als Menschen. Jeder Jäger und jeder Landwirt wird das verstehen.“

Die SPD-Politikerin wünscht der Verbandsgemeinde Rennerod bei den noch für das Jahr 2016 geplanten Umbaumaßnahmen schnellstmöglichen Erfolg und ein gutes Gelingen.

ABSCHIED NEHMEN VON JUTTA LIMBACH

Ehemalige Bundesverfassungsgerichtspräsidentin gestorben

Die deutsche Sozialdemokratie trauert um Jutta Limbach. 54 Jahre war sie Mitglied der SPD – und ebenso verwurzelt in der Frauenbewegung.

Jutta Limbach hatte Mut zu klaren Standpunkten in Spitzenämtern. Oft war sie auf ihren Positionen die erste Frau und wurde so zum Vorbild für Jüngere. In den 1970er Jahren lehrte und forschte sie als erste Jura-Professorin an der Freien Universität Berlin. Nach der Wiedervereinigung meisterte sie als Justizsenatorin die Aufgabe, das Rechtswesen in Berlin neu zu ordnen.



Als Richterin und erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts stellte sie entscheidende Weichen. So hat Jutta Limbach an zentraler Stelle dafür gesorgt, dass durch die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 2 die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Deutschland grundrechtlich verankert wurde. Auch große Entscheidungen wie die höchstrichterliche Beurteilung des revidierten Asylrechts, der „Rentenbeschluss“, der zur Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht führte, oder das „Kruzifix-Urteil“ wurden unter ihrer Leitung verabschiedet.



Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts
Jutta Limbach verstarb am 10. September 2016.
(Foto: dpa / Archiv)

Jutta Limbach war es ein besonderes Herzensanliegen, die rechtlich komplexen Urteile des Verfassungsgerichts den Bürgerinnen und Bürgern in guter und für alle verständliche Sprache zu vermitteln. Dass das Verfassungsrecht für diejenigen übersetzt wird, deren Leben es regelt, bleibt ihr großes Verdienst.